

Banken präsentieren sich in Wien

Zahlreiche Vertreter aus Österreichs Politik, Wirtschaft und Medienwelt folgten am vergangenen Mittwoch der Einladung des Bankenverbandes zum Gedankenaustausch über die Entwicklungen am Finanzplatz Liechtenstein.

Wien/Vaduz. – Im Rahmen einer Einladung zum Gedankenaustausch am Mittwoch in Wien konnte der Liechtensteinische Bankenverband (LBV) zahlreiche Vertreter aus Österreichs Politik, Wirtschaft und Medien zusammenbringen. Auf liechtensteinischer Seite waren neben dem Bankenverband Regierungschef Klaus Tschütscher und Prinzessin Maria-Pia Kothbauer, Botschafterin des Fürstentums Liechtenstein in Wien, anwesend.

Tradition des Miteinanders

In seiner Begrüssung ging Verbandspräsident Adolf E. Real auf die lange Freundschaft zwischen Österreich und Liechtenstein ein und dankte den Anwesenden für die stets offenen Türen, die den Vertretern des LBV bereits zahlreiche wertvolle Gespräche ermöglichten. Botschafterin Prinzessin Maria-Pia sprach über die Traditionen, die Liechtenstein und Österreich seit jeher verbinden. Ein Anlass wie dieser falle daher auf sehr fruchtbaren Boden und setze die Tradition des Miteinanders zwischen den beiden Ländern fort.

Simon Tribelhorn, Geschäftsführer des Liechtensteinischen Bankenverbands, erläuterte Hintergründe zum Bankenplatz Liechtenstein und die

Strategie der Banken, die Roadmap 2015. Er ging auf die Gemeinsamkeiten und Unterschiede der Finanzplätze Liechtensteins und Österreichs ein und zeigte Herausforderungen und Chancen für den auf Private Banking spezialisierten Finanzplatz Liechtenstein in Zeiten zunehmender Regulierung auf. Darüber hinaus verwies auch er auf die engen Verbindungen zwischen den beiden Finanzplätzen. So seien zahlreiche österreichische Pendlere bei liechtensteinischen Banken beschäftigt und in beiden Ländern Banken des Nachbarn niedergelassen. «Nicht zuletzt haben wir ein gemeinsames Verständnis über den Schutz der Privatsphäre», schloss er seine Ausführungen.

Grosses Zukunftspotenzial

Regierungschef Klaus Tschütscher betonte die grosse Bedeutung der nachhaltigen und vertrauensbildenden Standortpolitik in Liechtenstein: «Unser Land löst sein Versprechen bei den internationalen Kunden und Investoren ein, auch in Zeiten turbulenter europäischer und globaler Entwicklungen ein verlässlicher und vertrauenswürdiger Partner zu sein. Diese Stabilität ist nicht nur für die Kunden, sondern auch für unseren Staat elementar. Liechtenstein sieht im eingeschlagenen Weg ein grosses Zukunftspotenzial und viele Chancen für die verschiedenen Marktteilnehmer.»

Internationales Netzwerk pflegen

Für den Liechtensteinischen Bankenverband stellte dieser Abend einen weiteren Höhepunkt der Bemühun-



Präsentierten in Wien vor zahlreichen Vertretern aus Österreichs Politik, Wirtschaft und Medien die Vorzüge des Bankenplatzes Liechtenstein: Simon Tribelhorn, Geschäftsführer des Liechtensteinischen Bankenverbands, Regierungschef Klaus Tschütscher, Botschafterin Prinzessin Maria-Pia Kothbauer und Bankenverbandspräsident Adolf E. Real (v. l.). Bild: lbv

gen im Rahmen der Strategie dar, das Netzwerk aus internationalen Partnern zu pflegen und auszubauen. Insbesondere die Zusammensetzung der Gäste aus Politik, Wirtschaft und Me-

dien stellte in dieser Form ein Novum dar. «Der Austausch auf verschiedenen Ebenen und die Gesprächspartner, die mit ganz unterschiedlichen Perspektiven an unsere Themen he-

rangehen, machten den Abend zu einem vollen Erfolg», freuten sich Simon Tribelhorn und Adolf E. Real über die positiven Feedbacks der Gäste. (pd)

Nächste Verhandlungsrunde mit Österreich am 6. Juli

Regierungschef Klaus Tschütscher rechnet bei der kommenden Verhandlungsrunde mit Österreich über das Schwarzgeld-Abkommen am 6. Juli mit «entscheidenden Fortschritten». Dies sagte er gegenüber der «Wiener Zeitung».

Von Günther Fritz

Wien/Vaduz. – Im Rahmen seines Aufenthaltes in Wien stand Regierungschef Klaus Tschütscher zahlreichen Medien aus dem Print- und Fernsehbereich für Interviews zur Verfügung. Das geplante Inkrafttreten des Steuerabkommens zwischen Österreich und Liechtenstein für Jahresanfang 2013 halte er für machbar, dies setze aber eine Übereinkunft auf Regierungsebene bis Spätherbst voraus, sagte Klaus Tschütscher in einem Gespräch mit der «Wiener Zeitung» (Printausgabe vom Donnerstag).

«Abgeltungsmodell plus»

Man habe das Steuerabkommen Schweiz-Österreich, aus dem sich Österreich bereits 2013 Einnahmen von rund 1 Mrd. Euro erwartet, «mit Interesse verfolgt», betonte der Regierungschef in der «Wiener Zeitung» und fügte hinzu: «Wir sind der Ansicht, dass man auf derselben Basis verhandeln soll, aber es ein «Abgeltungsmodell plus» sein muss.» Während es in dem Abkommen Schweiz-Österreich vor allem um Bankkonten-

gehe, will Tschütscher in einem Abkommen mit Österreich «auch Stiftungen und Trusts» einbeziehen, um «allen Seiten Rechtssicherheit» zu gewähren.

Datenbasis zu den Vermögen fehlt

Wie viel Geld sich Österreich durch das Abkommen mit Liechtenstein erwarten kann, sagte Regierungschef Klaus Tschütscher nicht, denn es gebe «keine Datenbasis zu den angelegten Vermögen». Es werde sich aber sicherlich nicht in der Grössenordnung wie bei der Schweiz bewegen. Laut der «Wiener Zeitung» erwartet sich Liechtenstein, dass Österreich die 25-Prozent-Steuer senkt, die Österreicher bei der Einbringung von Vermögen in Liechtensteiner Stiftungen bezahlen müssen.

Rasch handelnde Justizbehörden

In der Causa um den Wirtschaftstreuhänder von Ex-Finanzminister Karl-Heinz Grasser, der wegen bei ihm im April 2011 beschlagnahmten Unterlagen in der Buwog-Affäre bis zum Fürstlichen Staatsgerichtshof gegangen ist, sieht Regierungschef Klaus Tschütscher im Gespräch mit der «Wiener Zeitung» von «gesetzgeberischer Seite» keinen Handlungsbedarf. «Insgesamt haben wir sehr rasch handelnde Justizbehörden», allerdings gebe es in Liechtenstein «für betroffene Personen mehr Beschwerdemöglichkeiten». Das müsse man sich in Zukunft sicher ansehen. «Grundsätzlich haben die liechtensteinischen Be-



Online-Ausgabe der «Wiener Zeitung» vom Mittwoch: Regierungschef Klaus Tschütscher spricht sich für ein «Abgeltungssteuermodell plus» mit Österreich aus. Bild: Screenshot

hörden aber immer wieder dabei geholfen, grosse Fälle aufzudecken», betonte der Regierungschef.

Die österreichische Justiz wartet schon über ein Jahr lang auf jene Akten, welche ein Liechtensteiner Anwalt, der als stellvertretender FBP-Abgeordneter dem Landtag angehört,

anlässlich einer Akteneinsicht am 19. Oktober 2011 ohne Wissen und Zustimmung des zuständigen Richters und ohne Empfangsbestätigung aus einem Gerichtsakt entnommen und bis 28. November 2011 der Verfügungsmacht des Landgerichts entzogen haben soll. Dafür wurde er vom

Landgericht erstinstanzlich zu einer Geldstrafe von 128 000 Franken verurteilt. Der betroffene Anwalt hat gegen dieses Urteil Berufung beim Obergericht angemeldet. Eine in Liechtenstein endgültige Entscheidung über die Ausfolgung der Unterlagen an Österreich wird für Herbst erwartet.

Auf die Bemerkung der «Wiener Zeitung», dass es sich beim betroffenen Anwalt um einen Politiker seines Koalitionspartners FPB handle, erklärte Regierungschef Klaus Tschütscher: «Solange kein rechtskräftiges Urteil vorliegt, gilt die Unschuldsvermutung. Wenn das Urteil da ist, muss der stellvertretende Abgeordnete selbst eine Entscheidung treffen und die Parteien eine Beurteilung vornehmen. Aber das müssen wir dann diskutieren, wenn es so weit ist.»

Veto nur nachträglich einsetzen

Auf die Frage der «Wiener Zeitung», was er sich am 1. Juli von der Volksabstimmung über eine Einschränkung des Veto-Rechts des Fürsten erwarte, führte der Regierungschef aus: «Für mich ist die eigentliche Frage, ob das Fürstenhaus grundsätzlich vor oder erst nach Volksentscheiden seine Meinung sagen soll. Ich hoffe, dass man sich nach dem 1. Juli dieser Frage zuwenden wird. Für mich ist klar, dass eine freie Meinungsbildung eigentlich nur bei nachträglicher Äusserung möglich ist. Es wäre für alle Seiten das Beste, ein für alle Mal die diesbezüglichen Spielregeln klar festzulegen.»



« Die Abschaffung des Vetorechts würde es möglich machen, dass der Landtag kritische Entscheide direkt vors Volk gibt – dadurch hätte unser Fürstenhaus kein Mitspracherecht mehr. Das will ich nicht, da ich der festen Überzeugung bin, dass nur das Miteinander von Fürst und Volk auch in Zukunft das Beste für Liechtenstein bringen wird. »

Pascal Seger

NEIN zur Verfassungsinitiative!

